Drucks.-Nr. 2367/2025-2030

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld
Niederwall 25 · 33602 Bielefeld

Vorsitz des Rates der Stadt Bielefeld
Oberbürgermeisterin Dr. Christiana Bauer

FDP-Fraktion im
Rat der Stadt Bielefeld

Jan Maik Schlifter
Fraktionsvorsitzender
schlifter@fdp-bielefeld.de

Kontakt Fraktionsbüro:
Altes Rathaus EG Zi. 12
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld
Telefon: 0521 51-20610
E-Mail: rat@fdp-bielefeld.de

Bielefeld, den 15.11.2026

„Städtisches Vermögen sichern - Wiederaufbau KKW Grohnde prüfen“ - Antrag der FDP-Fraktion zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 19.11.2026

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer,

für die o.g. Sitzung stelle ich für die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass die Abschaltung des Kernkraftwerk Grohnde ein energiepolitischer Fehler war, der die Energiepreise verteuert und die Gewinnsituation der Stadtwerke Bielefeld und damit die Haushaltslage der Stadt Bielefeld verschlechtert hat.
2. Die Stadtwerke Bielefeld sollen sich für eine ergebnisoffene Prüfung einer möglichen Wiederinbetriebnahme / eines möglichen Wiederaufbaus des KKW Grohnde einsetzen. Ziel ist eine fundierte Schätzung zu Machbarkeit, Kosten und Erträgen zu erhalten. Die vom Rat in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Bielefeld entsandten Mitglieder werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadtwerke Bielefeld entsprechend zu beauftragen.
3. Der Rat spricht sich für ein sofortiges Rückbaumoratorium aus, um die Kosten eines möglichen Wiederaufbaus bzw. einer Wiederinbetriebnahme nicht zu erhöhen und das Vermögen der Stadt Bielefeld zu sichern.

Begründung
Die sichere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung ist eine zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Region. Das Kernkraftwerk Grohnde war über Jahrzehnte ein bedeutender und stabiler Bestandteil der Stromversorgung. Angesichts der Anforderungen an die Versorgungssicherheit und der Entwicklung der Energiepreise sollte geprüft werden, ob eine Wiederinbetriebnahme grundsätzlich technisch, rechtlich und wirtschaftlich möglich wäre.

Der deutsche Atomausstiegs ist mehr und mehr ein international mit Unverständnis begleiteter Sonderweg. Neben Staaten, die ihre bestehenden Kapazitäten weiter ausbauen, haben mit Italien, Schweden, der Schweiz und zuletzt Belgien Staaten getroffene Ausstiegsbeschlüsse revidiert. Belgien hat im April 2026 den Stopp des Rückbaus aller sieben Kernkraftwerke angeordnet und sondiert die Möglichkeiten einer erneuten Nutzung.

Für die Stadt Bielefeld muss es daher von besonderem Interesse sein, welche wirtschaftlichen Auswirkungen sich für die Stadtwerke Bielefeld durch eine mögliche Wiederinbetriebnahme ergeben könnten, um aus Interesse des Vermögensschutzes ggf. öffentlich aktiv zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Maik Schlifter
Fraktionsvorsitzender